

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Ein Jahr 20 Mark, ein Semester 12 Mark, ein Vierteljahr 7 Mark, ein Monat 2 Mark. Einzelhefte 50 Pf. Fernsprecher Nr. 11. Druck und Vertrieb durch die Verlagsanstalt des Verlegers in Nagold.

Nr. 290.

Altensteig, Dienstag den 12. Dezember.

Jahrgang 1922

Die Londoner Verhandlungen wurden vertagt.

Unterbrochen.

WTB. Paris, 11. Dez. Havas meldet aus London, daß die Nachmittags-Sitzung der Konferenz um 6 Uhr zu Ende war. Die Konferenz-Verhandlungen wurden unterbrochen; erst am 2. Januar werden sie in Paris wieder aufgenommen. Wird dann eine Verständigung erfolgen, so soll unmittelbar darauf eine umfassendere Konferenz stattfinden, bei der die Kleine Entente vertreten sein wird. Tagungsort wird wahrscheinlich nicht London, sondern Paris sein.

WTB. London, 11. Dez. Reuter erfährt, Poincaré besäße energisch auf der Befestigung des Ruhrgebiets. Die Engländer stimmen ihm nicht vollkommen zu, doch wird erwartet, daß es nicht zum Bruch kommt. Man nimmt an, daß ein Kompromiß erreicht werden wird, bevor sich die Konferenz entweder heute oder morgen vertagt, um in 14 Tagen ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Reuter meldet ferner: Unter dem Vorsitz von Bonar Law hat heute der angekündigte Ratsrat stattgefunden, auf dem der deutsche Reparationsplan, der von Staatssekretär a. D. Bergmann vorgelegt worden war, formell erörtert wurde. Es verlautet, daß die alliierten Minister die Vorschläge verworfen haben.

WTB. Paris, 11. Dez. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur berichtet aus London, die Antwort auf das deutsche Moratorium-Verlangen werde noch vor dem nächsten Verfalltag erfolgen.

WTB. London, 11. Dez. Laut „Daily Telegraph“ ist der wichtigste und wesentlichste Beitrag zu der Regelung der Reparationsfrage von Bonar Law gemacht worden durch die Erklärungen zur Valfour-Note. Der britische Premierminister sagte, daß er die Note nicht als Hindernis für die Prüfung der Frage der internationalen Schulden ansehe. Sie eröffne ein neues Feld für die Erörterungen. Bonar Law habe dieses Bekenntnis aber nicht ohne Vorbehalte gemacht. Er habe es unter der Bedingung gemacht, daß die Regelung der Frage der Schulden einen Teil der endgültigen Regelung der Reparationsfrage bilden und daß die Politik des Endziels in das Ruhrgebiet aufgegeben wird.

„Westminster Gazette“ schreibt: Wir hoffen ernstlich, daß die britische Regierung keinen Plan für die weitere Befestigung deutschen Gebiets unterfühlen wird, was katastrophal für Europa sein würde. So bedauerlich für alle Engländer der Bruch mit Frankreich sein würde, England könnte keine Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik übernehmen. Die Ansicht herrscht vor, daß es nicht zu einem Bruch kommen wird. Gestern um Mitternacht wurde mitgeteilt, daß der italienische und belgische Ministerpräsident vnsachen, einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Zum Abbruch der Londoner Verhandlungen.

WTB. Berlin, 12. Dez. Der Abbruch der Verhandlungen in London ist nach dem „Berliner Volksanzeiger“ das Schlimmste, was werden konnte: eine neue Fortsetzung der Ungewißheit und der nervenzerstörenden Unsicherheit, sich über die eigene Zukunft ein Bild zu machen. Das Blatt bezeichnet es als nächste Aufgabe der Regierung, mit allem Eifer daran zu gehen, bei uns im Innern in Ordnung zu bringen, was sich in Ordnung bringen lasse. Geschehe das, dann würden wir wenigstens ein gutes politisches Gewissen haben und würden uns nicht wieder dem Vorwurf aussetzen, wie tiefen die Katastrophe mit geklumpten Armen an uns herantommen.

In Gegensatz dazu kommt die „Vossische Zeitung“ zu dem Schluß, daß der Ausgang der Londoner Konferenz in Anbetracht der derzeitigen weltpolitischen Lage und der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Entente das Schlimmste sei, was vom deutschen Standpunkt aus erwartet werden konnte. Aus der Fassung des amtlichen Schlusskommuniqués folgert das Blatt, daß die deutschen Reparationsvorschläge, wenn sie auch als unbefriedigend bezeichnet worden seien, zweifellos ernste sachliche Beachtung gefunden hätten.

Auch der „Vorwärts“ drückt die gleiche Hoffnung aus. Da Herr Cuno selbst in seinem Brief an Bonar Law diesen Vorschlag als einen vorläufigen bezeichnet habe, sei bis zum 2. Januar Gelegenheit genug, ihn befriedigender zu gestalten. Dazu aber sei eine Fühlungnahme zwischen der deutschen Regierung und ihren Vertragsgegnern vor dem 2. Januar durchaus wünschenswert.

Der erste Verhandlungstag und die Vorschläge.

Paris, 11. Dez. Nach offizieller französischer Darstellung hat Poincaré in der ersten Sitzung der Londoner Konferenz folgende Vorschläge gemacht:

Deutschland erhält für seine Verzinsungen ein Moratorium von höchstens 2 Jahren. Die Zahlleistungen müssen, wenn auch in beschränktem Maße, fortgeführt werden. Die deutsche Regierung muß sorgfältigste Maßnahmen ergreifen, um ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Deutschland erhält einen Kredit von 500 Millionen Goldmark ergänzt durch einen gleichen Betrag aus der Goldreserve der Reichsbank zum Zwecke der Stabilisierung der Mark. Als Sicherheit erhalten die Alliierten 25 Prozent des Ergebnisses der deutschen Ausfuhr sowie das Ergebnis der deutschen Zölle. Ferner sollen die Kohlengruben an der Ruhr kontrolliert werden.

Bonar Law soll hierauf erwidert haben, daß die englische öffentliche Meinung jeder Zwangsmahnahme gegen Deutschland abgeneigt sei. England sei weit davon entfernt, Deutschland von seinen Zahlungsverpflichtungen zu entbinden. Es wolle ebenfalls Zahlungen, aber nach Maßgabe der Möglichkeit. Mit einer Finanzkontrolle über Deutschland sowie mit der Befehlsgewalt von 25 Prozent des Ergebnisses der deutschen Ausfuhr und der Befehlsgewalt der Zölle sei England einverstanden, aber nicht mit einer sofortigen Befestigung des Ruhrgebiets.

Der belgische Ministerpräsident Thonnis sprach sich zugunsten der französisch-englischen Solidarität aus, die für den Weltfrieden notwendig sei.

Der italienische Ministerpräsident Mussolini überreichte, wie Havas berichtet, der Konferenz eine Note, in der er die Ueberzeugung auspricht, daß man Deutschland zum zahlen zwingen könne, und daß, wenn ein Zahlungsausgleich gewährt werden dürfte, dieser nur gegen gewisse Bürgschaften erfolgen dürfe. Er sei jedoch Gegner militärischer Druckmittel und weise auf die Notwendigkeit hin, die Verpflichtungen Deutschlands neuerlich nachzuprüfen. Man müsse Rücksicht nehmen auf die allgemeine Lage Europas, die einen Ausgleich erfordere.

Das von Mussolini unterbreitete Memorandum enthält folgende 4 Vorschläge: 1. Erlass der alliierten Kriegsschulden und entsprechende Herabsetzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen, 2. Bewilligung eines Moratoriums für Deutschland auf die Dauer von 2 Jahren mit Befestigung von Garantien, die im Falle der Nichterfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen in Kraft zu treten hätten, 3. die Ausgabe einer ersten Anleihe für die Zeit des Moratoriums und die Verwendung eines Teils dieser Anleihe für die dringendsten Bedürfnisse Deutschlands und für die Hebung der Mark, sowie eines anderen Teils für die Alliierten. Diese Anleihe müßte genügend groß sein, um den Betrag der belgischen Priorität in Höhe

Näheres über den Inhalt der deutschen Note.

London, 11. Dez. Ueber den Inhalt der deutschen Note wird folgendes bekannt: Die Note ist von einem Brief des Reichsfinanzlers Dr. Cuno begleitet, der darin sagt, daß Herr Bergmann der Konferenz alle wünschenswerten Erklärungen mündlich geben könnte und daß die beigelegte Note dazu beitragen könne, für die weiteren Verhandlungen der Alliierten mit der deutschen Regierung eine brauchbare Grundlage zu liefern. Die Note selbst trägt den Titel: „Versuch der deutschen Regierung zur vorläufigen Regelung der Reparationsfrage“.

Sie besteht aus zwei Teilen und einem Anhang. Im ersten Teil ist von der Stabilisierung der Mark die Rede und die deutsche Regierung schlägt vor, diese selber in die Hand zu nehmen gegen Bewilligung von 550 Millionen Goldmark zu belegen und eine bedeutende Summe zur Füllung unter den Alliierten übrig zu behalten. 4. Ausgabe einer größeren Anleihe nach Wiederherstellung des deutschen Kredits zu dem Zwecke, um eine Generalabrechnung vornehmen zu können.

In der Samstag-Nachmittags-Sitzung wurde die Frage der alliierten Schulden angefaßt. Bonar Law gab in dieser Beziehung eine besonders interessante Erklärung ab. Er versicherte, daß die britische Regierung, ohne die amtlichen Absichten der Vereinigten Staaten abzuwarten, den Erlass der Summen zu bewilligen bereit sei, die die alliierten Mächte England schulden, und zwar als Ausweis für die Schwebens der Erie C. Voraussetzung hierfür sei, daß ein solches Dufur zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne.

1. eines Moratoriums von mehreren Jahren, 2. gegen Anerkennung Deutschlands als einer meistbegünstigten Macht im Handelsverkehr durch die Alliierten.

Der zweite Teil der Note bezieht sich auf die Reparationsfrage. Die deutsche Regierung schlägt vor, eine auswärtige und innere Anleihe und zwar die letztere sofort aufzunehmen. Der Anhang ist in drei Punkte geteilt. 1. Innere Anleihe. Die deutsche Regierung plant eine Anleihe von 3 Milliarden Goldmark zu 4 Prozent Zinsen und 1/2 Prozent Tilgungszinsen. Um einen Erfolg zu sichern, beabsichtigt die deutsche Regierung Vorteile für die Zeichner der Anleihe zu bewilligen, in der Absicht, damit die Rückkehr von deutschem Kapital aus dem Ausland, wo es zum Teil verborsten gehalten wird, zu begünstigen. Zu diesen Vorteilen gehört die Befreiung von jeder Steuer und Amnestie für die, die unrechtmäßig ihr Geld ins Ausland gebracht haben. Die Begahlung würde in ausländischen Devisen nach dem Dollarkurs zu erfolgen haben und könnte auf den Märkten von Amsterdam, London, Newyork oder Zürich erfolgen. Die Hälfte des Ergebnisses dieser Anleihe würde der Reparationskommission zustehen. Die andere Hälfte würde für die dringendsten Bedürfnisse des deutschen Budgets und die Stabilisierung der Mark verwendet werden. 2. Auswärtige Anleihe: Die deutsche Regierung schlägt vor, Gutscheine etwa in Höhe von 3 Millionen der Reparationskommission zu übergeben, damit diese sie im Ausland plazieren. Zahlungs- und Tilgungszinsen wären sofort zahlbar. 3. Als Gegenleistung verlangt die deutsche Regierung ein Moratorium von 2 Jahren für alle Zahlungen, die es schuldet, außerdem für die Zahlleistungen, deren Betrag von den Aktiven des deutschen Budgets entnommen würde. Die innere Anleihe würde eine solche Operation erleichtern. Uebrigens verlangt die deutsche Regierung für jede weitere Milliarde, die sie über die geplanten Zahlungen der Reparationskommission zur Verfügung stellen würde, ein Zusatz-Moratorium von einem Jahr. Im ganzen würde der Zahlungsaufschub bis zu 5 Jahren zu betragen haben. Schließlich regt die deutsche Regierung an, daß das Ergebnis der deutschen Zahlungen als Sicherheit für die auswärtige Anleihe benutzt werden soll.

Prüfung und Ablehnung der deutschen Note.

Paris, 11. Dez. Die deutsche Note, die am Samstagabend von dem nach London entsandten Staatssekretär Bergmann im dortigen Auswärtigen Amt überreicht wurde, ist am Sonntag früh von den Ministerpräsidenten einzeln geprüft worden.

Die Sitzung begann nachmittags 3 Uhr. Sie hat sich mit den in der neuen Note enthaltenen Vorschlägen beschäftigt.

Man kam übereinstimmend zu der Entscheidung, daß diese Vorschläge nicht geeignet seien, die Grundlage einer Verständigung zu bilden.

Gegensätze zwischen Frankreich und England.

London, 11. Dez. Der Sonntag der Londoner Konferenz endete mit einer Unstimmigkeit zwischen der englischen und der französischen Auffassung, für die vorläufig keine Verständigung möglich zu sein scheint. Einigkeit besteht nur in der Ablehnung der deutschen Vorschläge, doch haben die Engländer sich auch darin stark von der Auffassung des Herrn Poincaré unterschieden, da sie der deutschen Note Gegenvorschläge entgegenhalten wollen, die jedoch von der französischen und wie es scheint, auch von der italienischen Seite als zwecklos bezeichnet werden. Poincaré, der die deutschen Vorschläge am ersten und energischsten abwehrte, mußte daran seine eigenen Vorschläge über die Notwendigkeit einer sofortigen Befestigung des Ruhrgebiets, wobei er vor allem Essen und Bochum als die beiden wichtigsten Punkte innerhalb der 50 Kilometer-Zone östlich vom Rhein bezeichnet.

Darauf erwiderte Bonar Law, daß er diese Zwangsmahnahme für nutzlos und gefährlich halten müsse. Sie werde, so sagte er, kein Geld einbringen und den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands umso mehr beschleunigen.

Lloyd George und Poincaré.

London, 11. Dez. Lloyd George hat im „Daily Chronicle“, dem Hauptorgan der National Liberals Partei, und gleichzeitig im Pariser „Journal“ und im „Daily Telegraph“, dem konservativen Organ, das die Regierung Bonar Laws unterstützt, den ersten Ausfall der Artikelreihe über die großen Probleme der internationalen Politik veröffentlicht. Der erste dieser Artikel ist ausschließlich den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gewidmet. Lloyd George sieht die größte Gefahr für den Frieden Europas darin, daß Frankreich die Absicht habe, die Diskussion des Rheingebiets unter einem Vorwand

über die im Friedensvertrag vorgesehene Dauer von 15 Jahren hinaus ad infinitum zu verlängern. Er fürchtet, daß nach Ablauf dieser 15 Jahre in Frankreich kein Ministerium vorhanden sein werde, das selbst wenn es wollte, stark genug wäre, die französischen Besatzungstruppen zurückzuführen. Die Vereinigten Staaten und England allein seien in der Lage, diese Gefahr zu beschwören.

Poincaré hat darauf die französischen und englischen Pressevertreter empfangen und in heftigen Worten auf diesen Artikel geantwortet. Poincaré gab der Hoffnung Ausdruck, daß der frühere Premierminister seine Verleumdungen gegen die Alliierten einstellen werde und erklärte, Lloyd George würde in seinen Schläffen recht haben, wenn er in seinen Voraussetzungen recht hätte. Aber diese Voraussetzungen seien auf völlig falschen Tatsachen aufgebaut. Es sei unglücklich, daß ein Staatsmann mit einer Erfahrung wie Lloyd George sich in so eigenartiger Weise irren ließ. Lloyd George erklärte in seinem Artikel, daß es in Frankreich eine Partei gebe, die beabsichtige, die Rheinlande zu annektieren. Poincaré erwiderte, daß eine derartige Partei in Frankreich nicht existiere. Es gibt und es wird in Frankreich, so erklärte er, nie wieder eine Regierung, noch einen Minister, noch einen parlamentarier geben, der so unvernünftige Pläne gegen Frankreich wolle, das deutsche Volk unter seinen Händen einer französischen Herrschaft unterwerfen.

Die Antwort auf die Sühnenote.

Berlin, 11. Dez.

Die in Paris überreichte Antwort der Reichsregierung auf die Note der Vorkonferenz vom 30. November legt zunächst das Ergebnis der Untersuchung über die Zwischenfälle von Stettin, Passau und Ingolstadt dar und führt dann aus:

In allen drei Fällen befanden sich die interalliierten Offiziere in Ausübung einer Tätigkeit, zu der sie gegenüber den deutschen Behörden berechtigt und ihren eigenen Regierungen gegenüber verpflichtet waren. In Verkenntnis dieser Sachlage haben sich die an den Zwischenfällen beteiligten Personen teils zu Ungehörigkeiten, teils zu Verunglimpfungen der Offiziere hinreichend lassen. Sie standen dabei unter der Einwirkung des Empfindens, weiter Volkstreu zu sein, die feilschen und wirtschaftliche Not auch auf die über Deutschland verhängte Kontrolle zurückzuführen und in ihrer Erbitterung die zahlreichen interalliierten Offiziere als Dracone der Kontrolle verantwortlich machen. Dieser Umstand kann jedoch den Mangel an Selbstbeherrschung nicht rechtfertigen.

Die deutsche Regierung hat der interalliierten Kontrollkommission in Berlin in zwei amtlichen Schreiben ihre schärfste Mißbilligung und ihr lebhaftes Bedauern über die drei Vorkommnisse ausgesprochen. Außerdem sind deutscherseits folgende Maßnahmen getroffen worden:

1. Im Falle Stettin hat der Polizeipräsident dem Vorstehenden des interalliierten Distriktskomitees daselbst mündlich und schriftlich seine Entschuldigungen ausgesprochen. Ferner ist der verantwortliche Beamte des Polizeipräsidenten in Stettin aus seiner Stellung entfernt worden und wird vorläufig seine anderweitige Dienstverwendung finden. Die an den Vorfällen beteiligten Polizeibeamten sind disziplinarisch bestraft worden. Beide bei der Kontrollhandlung anwesende Verbindungsbeamte sind ihrer Stellung enthoben worden.

2. Im Falle Passau ist der diensttuende Detaillionsführer seiner Stellung enthoben worden. Ferner hat der Bürgermeister von Passau, zugleich Polizeichef, der interalliierten Distriktskommission in München mündlich und schriftlich seine Entschuldigungen ausgesprochen. Gegen die Demonstrationen ist ein Strafverfahren eingeleitet worden, das unbeschädlich und mit größter Beschleunigung durchgeführt werden wird.

3. Im Falle Ingolstadt hat der Leiter der Munitionskasse seinen Abschied genommen. Gegen die

Demonstrationen ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der Bürgermeister von Ingolstadt, der zugleich das höchste für die Ordnung verantwortliche Polizeiorgan ist, hat der zuständigen interalliierten Kommission mündlich und schriftlich seine Entschuldigungen ausgesprochen.

Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die hiermit geleistete Genugtuung vorbehaltlich einer angemessenen Vergütung für den geringen tatsächlichen Schaden eine dem internationalen Herkommen entsprechende ausreichende Sühne darstellt. Die Vorkonferenz hat sich jedoch veranlaßt gesehen, in ihrer Note vom 30. November noch weitergehende Forderungen zu stellen. Um jeden Streit zu vermeiden, stellt die deutsche Regierung in aller Form fest, daß ihre hiermit erneute Erklärung den Ausdruck der Entschuldigung umfaßt und mitenthält. Das weitere Verlangen nach Entlassung der Bürgermeister von Passau und Ingolstadt geht von einer unzutreffenden Voraussetzung aus. Diese Bürgermeister sind keine Staatsbeamte, sondern frei gewählte Organe der Selbstverwaltung und können daher auch nicht in ihrer Eigenschaft als Polizeichefs ihrer Stellung enthoben werden.

Endlich will die Note der Vorkonferenz den Städten Passau und Ingolstadt eine Rente von je 500 000 Goldmark auferlegen. Die deutsche Regierung vermag diese Forderung nicht als berechtigt anzuerkennen. Das Völkerrecht kennt in Friedenszeiten eine solche Bestrafung nicht, und zu dem verursachten Schaden steht die Höhe der geforderten Summe in keinem Verhältnis. In dieser Hinsicht genügt ein Hinweis auf die geringfügigkeit der Entschädigungen, die im besetzten Gebiet für viel schwerere Verletzungen der Reichsangehörigen zugebilligt zu werden pflegen. Uebrigens würden die beiden Städte weder die Mittel noch den Kredit haben, um Summen von je 1 Milliarde Mark aufzutreiben. Um jedoch die deutschen Volksgenossen in der Pfalz und in den Rheinlanden von den angeordneten unerschöpflichen Zwangsmaßnahmen zu schützen, stellt die deutsche Regierung vor sich aus den geforderten Betrag von einer Million Mark zur Verfügung.

Neues vom Tage.

Neue Reichsschatzanweisungen.

Berlin, 11. Dez. Der Reichsfinanzminister soll, wie verlautet, ermächtigt werden, Reichsschatzanweisungen bis zur Höhe von weiteren 300 Milliarden Mk. anzufertigen, um die Volksernährung durch die erforderlichen Einkäufe von Auslands- und Inlandsgetreide sicherzustellen. Bisher war für diesen Zweck dem Reichsfinanzminister eine Kreditermächtigung bis zur Höhe von 120 Milliarden Mk. erteilt worden. Dies entsprach einem Kursstand der ausländischen Zahlungsmittel im Verhältnis von 1 Goldmark = 400 Papiermark. Um nun zu verhindern, daß bei einem Kursstand von 1 Goldmark = 2000 Papiermark eine Zahlungsstockung bei der Reichsgetreidestelle eintritt und die Getreideversorgung des deutschen Volkes nicht gefährdet wird, ist diese Kreditermächtigung notwendig geworden. Abgedeckt soll dieser Kredit wie bisher aus den Erträgen beim Verkauf des Getreides werden.

Für die deutschen Rheinlande.

Berlin, 11. Dez. Reichskanzler Cuno hat die Vertreter rheinischer Zeitungen empfangen, ihnen für alle Bekundungen der Reichsregierung dankend und der größten Anstrengungen der Reichsregierung versichert, um eine Verhängung der Besetzung zu vermeiden und ihr Ende auf den frühesten, nach dem Friedensvertrag möglichen Zeitpunkt sicherzustellen. Er führte dazu unter Berufung auf den Friedensvertrag aus, die

Zeiten für die Besetzung der Rheinlande hoben am 10. Januar 1920 begonnen. Deutschland habe demnach einen vertraglich verbürgten Rechtsanspruch darauf, daß mit 9. Januar 1935 der letzte Soldat der alliierten und assoziierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben muß. Im Hinblick auf unsere Entwaffnung könne die einzige Einschränkung des Friedensvertrags nicht geltend gemacht werden.

Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 11. Dez. Im Haushaltsausschuß gab Ministerpräsident Dr. Amising eine ausführliche Darstellung zu den Vorfällen und Ingolstadt und Passau ab und legte schärfste Verwahrung gegen die angeordneten Zwangsmaßnahmen der Entente ein.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Dez.

Der Reichstag nahm am Montag die neue Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher in 2. und 3. Lesung und das Gesetz über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkrieg an. Darin wird bestimmt, daß die Gräber der im Reichsgebiet bestatteten deutschen Krieger dauernd erhalten werden. Die Fürsorge haben das Reich und die Länder zu übernehmen.

Bei der 2. Beratung des 7. Nachtrags zum Reichshaushalt (Reichswirtschaftsministerium) bespricht Vög. Bruhn (D.nat.) die Notlage der Presse und bedauert das geringe Entgegenkommen der Regierung.

Reichswirtschaftsminister Dr. Beder: Das Wirtschaftsministerium sei ernstlich bemüht, der Notlage nach Möglichkeit abzuhelfen. Die Abgabe beim Verkauf von Holz im Walde soll auf das Dreifache erhöht werden. Gegenüber der großen Notlage sei das allerdings nur eine kleine Hilfe. Die Papierholzpresse seien in den letzten Wochen außerordentlich gestiegen, aber dieselben Preissteigerungen finden sich auf allen Gebieten. Der Reichsrat werde Vorschläge machen. Der Presse müsse im Rahmen der allgemeinen Finanzlage mit allen Mitteln geholfen werden. Es handle sich um eine schwere wirtschaftliche, politische und eine schwere kulturelle Frage, besonders kleinere Zeitungen gingen dauernd zu Grunde. Was getan werden müsse, um diesen Prozeß zu verlangsamen und aufzuhalten, werde geübt. (Beifall.) Der Haushalt wird genehmigt.

Beim Nachtrag für das Reichswirtschaftsministerium stellt Reichswirtschaftsminister Beder nach Anträgen eines kommunistischen Abgeordneten fest, daß die Kommunisten die Reichswehr für ihre Zwecke gewinnen wollen. Es werde alles getan, um der kommunistischen Agitation wirksam zu begegnen.

Darauf wird der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums genehmigt.

Dienstag 3 Uhr: Anfragen, Kleine Vorlagen, Geschäftsordnung des Reichstages.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 12. Dezember 1920.

* Übertragen wurde je eine erledigte Oberkreisdirektion bei den Oberämtern

Magold dem Verwaltungspräsidenten Alfred Böhliger beim Oberamt Neunbürg.

Calw dem Verwaltungspräsidenten Alfred Walter beim Oberamt Sulz und

Herrnberg dem Verwaltungspräsidenten Otto Dupper beim Oberamt.

Wählerversammlung. Die auf letzter Sonntag von den Vereinigten Gewerkschaften in den Gasth. J. Schwonen hier einberufene öffentliche Wählerversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einigen einleitenden Worten und strichle

in diesem Blick und ein Entzagen. Sehr lächelte er wehmütig und schüttelte immerlich den Kopf.

So sahen sie beide, jeder in seine Gedanken vertieft, bis von der Tür her die helle Stimme Frau Elisabeths erkante: „Kun, so stumm? Ist euch die Petersilie verbogelt? Du machst ja ein Gesicht, Paul, wie drei Tage Regenwetter!“ Sie lachte unbefangen, machte ihrem Mann aber verhalten fragende Gebärden. Er achtete nicht darauf. Ärgerlich warf sie den Kopf in den Nacken — na, da wollte sie der schon selber auf den Zahn fühlen!

„So, da bin ich wieder“, sagte sie. „Die Kinder sind gut untergebracht, sie spielen Kotte; Bich ist schon so verständig, die beaufsichtigt es!“

„Welche fuhr wie aus einem Traum auf.“ „Lassen Sie mich aber nachher zu ihnen gehen! Sie haben so liebe Kinder!“

„Ja, unberufen, das haben wir!“ Frau Elisabeth sah das Mädchen ordentlich mißleidig an. „Haben Sie Kinder immer noch so gern?“

„Unbeschreiblich!“ Ratsch und aus tiefstem Herzen kam die Antwort.

„Ja, das glaub ich!“ Die Frau Major setzte sich dicht neben ihren Mann und spielte mit seinen Fingern.

„Da müssen Sie heiraten, liebe Kelda! Gott im Himmel, was würden Sie jetzt für eine gute Frau und Mutter abgeben! Nicht wahr, Paul?“ Sie trat ihm heimlich auf den Fuß.

„Das glaube ich selbst!“ Kelda stand langsam auf, wie mächtig emporgestoßen, ihr Gesicht wendete sich dem Fenster zu, daß der volle Glanz des Nachmittagslichts es überstrahlte. Diesem Blick war das Leben kein Buch mit sieben Siegeln mehr; schon manches Blatt im Buch war umgeblättert, und doch war das Gesicht rein und frisch geblieben wie eine Blume, die den schwebelnden Guss abgeschüttelt hat. „Ich habe gar keine Talente“, sagte sie, als ob sie mit sich selber spräche. „Das bishen Muff ist nicht der Rede wert, mater und dicken kann ich nicht; schön bin ich auch nicht. Aber einen Menschen glücklich machen, ja, ich glaube, das könnte ich!“ Sie atmete tief.

Frau Elisabeth nicht sehr beifällig: „Wie Sie verständig geworden sind!“

(Fortsetzung folgt.)

Leserbrief.

Haltet Euren Leib wie ein kostbar gülden Gefäß, um der Seele der Seele willen, die in ihm ruht.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

(92)

(Nochmal verboten.)

Sie sah nicht den weinmüden Ausrunder, der über sein Gesicht zog und die Falte zwischen den Brauen; sie sah niemand in ihren Schloß.

„Glauben Sie mir, Kamerer bereit schwer, was er Ihnen gegenüber gesagt hat. Niemand hat mit größerem Bewußtsein an ihn denken können als ich, ja — unterbrechen Sie mich nicht — ich! Kelda, ich habe Sie so hoch gehalten, mich an Ihrer Frische erfreut, erquält, mir war —“ er fuhr sich mit der Hand über die Stirn — „aber lassen wir das! So mag der Gärtner dem Büben zürnen, der nachts über den Zaun steigt und ihm die schönsten Rosen abschneidet. Es war nicht mein Garten, aber doch der des Nachbarn. Bald nach dem Tode Ihres Vaters — Sie hatten schon Koblenz verlassen — lachte Kamerer an mich; er fragte nach Ihnen, er wollte wissen, wie Sie den Verlust ertrügen. Ich war zu böse auf ihn; ich antwortete nicht. Dann nach zwei Jahren kam noch ein Brief; wieder die Frage nach Ihnen, aber noch dränger, und zwischen den Zeilen eine brennende Selbstanklage. Ich antwortete wieder nicht. Aber als ich einen Kamerer aus Mainz traf, fragte ich nach Kamerer. Der sprach mit Achtung von ihm, nicht mit dem sonst üblichen Hochachtungswort. Er sei sehr fleißig, beschäftigte sich mit allen möglichen technischen Sachen, halte sich zurück, finde aber bei den erhabenen Elementen im Regiment Anklang. „Er trägt Schweres mit sich herum“, sagte der Kamerer, „aber er müßt sich, es nicht zu zeigen, er hält den Kopf hoch.“ So fing ich an, wieder Sympathie für ihn zu bekommen und ließ ihn grüßen. Geschrieben habe ich wieder nicht. Von Ihnen wußte ich ja auch nichts, Sie waren mir verschwunden, so wie mir inzwischen die Jugend entwandnen ist — leben Sie, ganz ganz!“

Er neigte den Kopf, daß sie den grauen Schmelz sehen konnte; es nützte kein Auszupfen von Frau Elisabeth mehr, es waren zu viele der bedenklichen Fäden.

„Und dann zuletzt — Sie wissen's ja — kam der schreckliche Tod von Frau Kamerer, und gleich darauf las ich im Milliarwochenblatt die Abschiedsbewilligung für den Sohn. Da schrie ich nun doch ein paar Zeilen. Sie werden erstaunt sein, ich bekam als Antwort keine Zeremonie; nein, einen ganz vernünftigen Brief, ernst und gehalten natürlich — die Mutter sei nun tot, er habe den Abschied nachgeholt, er sei es müde, einer eingebildeten Ehe nachzugehen, wolle versuchen, sich anderweitig zu betätigen, und habe eine Stellung an der großen Gewerkschaft von Haber u. Co. in Köln angenommen. Täglich, nicht wahr? In diesem Brief war keine Frage mehr nach Ihnen!“

„Wie könnte das auch sein?“ Sie lachte kurz auf. „Er hat mich nie geliebt, warum sollte er denn jetzt Interesse heucheln?“ Wie kalt ihre Stimme klang! Und doch hing Kplanders feines Ohr das verlebte Empfinden darin auf.

„Nicht so“, hat er. „Er fragte nicht mehr direkt nach Ihnen, aber es stand ein Satz da, der viel mehr bedeutete. Ich habe einsehen gelernt, daß äußere Ehre und der Name nicht das höchste sind. Ob, daß ich das Beste, das Edelste von mir gelassen habe, das sich mir jemals im Leben geboten hat! Könnte ich quatschen!“ — Da ist mir denn doch ein Licht aufgegangen. Sehen Sie, Kelda, er möchte gern heraus aus seiner Unglücksstunde; es wäre unredlich, ihm die helfende Hand zu verweigern. Was meinen Sie?“

„Warum sagen Sie mir all das, warum fragen Sie mich?“ Sie zuckte die Achseln. „Ich kann ihm nicht helfen!“ Statt sah sie an Kplander vorbei in die stummende Sommerluft, die draußen vorm Fenster spielte.

Er suchte umsonst ihren Blick, er sah nur, wie ihre Lippen leise zitterten. Da war noch nicht alles verloren! Sie sah so idyllisch, so mädchenhaft aus in diesem Augenblick; ihr Mund war stolz geschürzt und doch wie der eines Kindes, das weinen möchte. Glücklich der Mann, der ihn lässeln durfte! Es war ein langer, langer Blick, mit dem Kplander Keldas Gesicht umring; ein Kampf brach sich

aus dem Redner, Herrn Huber, der an Stelle Herrn Weimers erschienen war, das Wort. Dieser gab zuerst ein Bild der gegenwärtigen wirtschaftl. Lage und kam dann auf die Aufgaben der gewerkschaftlichen Gemeindegremien zu sprechen. Unter diesen steht mit an erster Stelle die Schulfrage, da ein Proletariat in heutiger Zeit seinen Kindern höchstens eine gute Schulbildung in den Kampf ums Dasein mitgeben kann. Dann aber wäre das Wohnungswesen und die damit verbundene Mietfrage ein Punkt, den die Gemeindeämter ins Auge zu fassen hätten, da die Mieten in räscher Zeit infolge des Reichsrentengesetzes ganz gewaltig in die Höhe gehen würden. Weiter gehend dazu die Frage der Regelung der eink. Steuerpreise, die Arbeitslosenfrage, die Brennstofffrage, die Wohlfahrtsfrage, die Krankenpflege usw. Zum Schluß richtete der Redner einen Appell an die Anwesenden zu lebhafter Agitation und vollständiger Beteiligung an der Wahl. In der nun folgenden 15-minütigen Diskussion wurden verschiedene Resolutionen auf dem Rathaus aus Licht gezogen und von allen Rednern dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß man in Zukunft eine bessere Vertretung auf dem Rathaus bekommen möge. In seinem Schlußwort führte Herr Huber dann noch aus, daß in anderen Städten die Gemeindegremien der Gewerkschaften stets für das Allgemeinwohl eingetreten seien, aber nie den Geld- & Standpunkt vertreten hätten. Die einzig richtige Vertretung für alle weniger bemittelten Kreise der Bevölkerung wäre daher der „Wahlvorschlagn für das werktätige Volk“. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Ergebnisse von Gemeindegremienwahlen in Württemberg.

In den meisten Städten und Orten des Landes fanden am 2. Adventsonntag die Wahlen zu den Gemeindegremien statt. Nur wenige Gemeinden hatten vor 8 Tagen gewählt, verbleibende wählten am nächsten Sonntag. Fast überall, voran in der schwäbischen Hauptstadt, stand die Wahl unter dem Zeichen: vereinigtes Bürgertum gegen Sozialdemokratie und Kommunismus. Das hätte man sich vor 3 und 4 Jahren doch nicht träumen lassen, daß die Gegensätze politischer und wirtschaftlicher Art in so kurzer Frist diese scharfe Trennung herbeiführten, nachdem im Land bisher ein „leidliches“ Zusammenregieren bürgerlicher und sozialistischer Parteien sich ergeben hat. Die Wahlergebnisse sind bei der großen Arbeit der Stimmzählung der kumulierten Kandidaten und der Listenverbindungen vielfach erst am Montag abgeschlossen worden. Nach dem Gesamtindruck des bisher vorliegenden Wahlergebnisses kann man von einem Wahlerfolg des Bürgertums sprechen, namentlich soweit die Landeshauptstadt in Betracht kommt, oder politisch ausgedrückt: Von einem Aufbruch nach rechts. Die Wahlbeteiligung war vielfach eine schwache, in Stuttgart mit 50 %. Ein schließliches friedliches Zusammenarbeiten muß aber nach dem vielfach erbitterten Wahlkampf jetzt Platz greifen. Im einzelnen liegen folgende Ergebnisse vor:

Ragoib. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindegremienwahl haben von 2183 Wahlberechtigten 1677 abgestimmt = 76 Prozent. Gewählt sind auf die nächsten 6 Jahre: von Wahlvorschlagn der bürgerl. Wählervereine I Strenger, Heintz, Konditor, Hart, Witz, Weisenborn und Weitzbrecht, Witz, Tischlermeister, von der bürgerl. Wählervereine II Gabel, Friedr., Tischlermeister und Baiff, Ludwig, Landwirt und von der sozialdemokratischen Partei: J. G. Josef, Kettenmacher, Gauß, Fritz, Schlossermeister und Walz, Jean, Malermeister. Der Wahlvorschlagn der kommunistischen Partei ging leer aus.

Calw. Bei der am Samstag vorzunehmenden Wahl von 10 Wahlberechtigten zum Gemeindegremium haben von 355 Wahlberechtigten 256 abgestimmt, also 69 %. Es fielen auf den Wahlvorschlagn I (Bürgerpartei) 5609 Stimmen, Wahlvorschlagn II (Vereinigtes Sozialdemokratisches Partei) 7192 Stimmen, Wahlvorschlagn III (Deutsche Volkspartei) 3213 Stimmen, Wahlvorschlagn IV (Deutsche Demokratische Partei) 7294 Stimmen. Somit erhält von den 10 Sitzen die Bürgerpartei 3, die Sozialdemokratie 3, die Deutsche Volkspartei 1, die Deutsche Demokratische Partei 3. Gewählt sind: Sannwald, Erwin, Fabrikdirektor u. Gemeindegremienrat, Scholl, Reichold, Zugführer u. Gemeindegremienrat, Paul, Gemeindegremienrat, Pfeiffer, Georg, Zugführer, Galm, Paul, Eisenbahninspektor, Karch, Jakob, Kaufmann u. Gemeindegremienrat, Perrot, Heintz, f. u. Turmuhrenfabrikant u. Gemeindegremienrat, Stauff, Anton, Reallehrer, Bildhauer, Julius, f. u. Metzgermeister u. Gemeindegremienrat, Jahn, Karl, Uhrmacher.

Freudenstadt. Von 4939 Wahlberechtigten haben bei der hier stattgefundenen Gemeindegremienwahl 3888 87,7 % abgestimmt. Auf die Kandidaten der Christlichen Arbeitsgemeinschaften fielen nach der vorläufigen Zählung 20911 Stimmen = 6 Sitze auf die Kandidaten der freien Wählervereine insgesamt 17266 Stimmen = 4 Sitze. Gewählt sind: Adolf Bräuer, Ed. Weickert, f. u. Gemeindegremienrat, Fr. Haug, Bauunternehmer, Louis Frey, Fleischereimeister, f. u. Gemeindegremienrat, Karl Schneider, Metzgereimeister, f. u. Gemeindegremienrat, Jakob Feil, Uhrmacher, f. u. Gemeindegremienrat, Georg Dett, Kaufmann; Albert Kaufmann, Werkführer, f. u. Gemeindegremienrat, Karl Haas, Buchdruckereimeister, f. u. Gemeindegremienrat, Gustav Graf, Steinhauer, f. u. Gemeindegremienrat, Friedrich Böller, Oberprokurator.

Stuttgart. Das endgültige Wahlergebnis zeigt folgendes Bild: Gewählt wurden 7 Bürgerpartei (+ 2), 7 Sozialdemokraten (- 4), 6 Demokraten (- 4), 4 Deutsche Volkspartei (+ 4), 2 Zentrum (unverändert), 4 Kommunisten (+ 2).

Freilbach. 28. 8208, B.P. 2996, D.P. und Gewerkschaften 5755, S.P. 6720, Komm. 2950 Stimmen.

Murrhardt. Bürgerverein, Demokr., Volkspartei 7 Sitze, S.P. 2 Sitze.

Eindelfingen. Demokr. 5 Sitze, Kommunisten 1 und Sozialdem. 3 Sitze.

— Die württ. Viehsteuermulage für 1923. Vom Ministerium des Innern ist nach Anhörung des Verwaltungsausschusses der Zentralkasse der Viehbesitzer die Viehsteuermulage für das Jahr 1923 wie folgt festgesetzt worden: von jedem Pferd 1000 Mk. 1000, vom 1. August 1923 weitere 1000 Mk., zusammen also 2000 Mk.; von jedem Esel und Maulesel 250 Mk., von jedem 3 Monate alten und älteren Stüd Rindvieh 250 Mk.; von jedem Ziegen 5 Mk. Für die Verpflichtung zur Leistung der Beiträge sind die Ergebnisse der neuen Viehzählung vom 1. Dezember ds. Js. maßgebend. Die Umlagebeträge sind von der Gemeinde einzuziehen und an die Zentralkasse der Viehbesitzer in Stuttgart abzuliefern. Die Umlage für Ziegen wird im Jahr 1923 erstmals erhoben.

Stuttgart, 11. Dez. (Eine gepresste Veranstaltung.) Die von der Ortsgruppe Stuttgart der nationalsozialistischen Partei am Sonntag abend im Reichshaus veranstaltete Versammlung, in der Max Weber aus München über Rationale und Internationale sprechen sollte, wurde, wie der Polizeibericht meldet, durch eine Gruppe von 40-50 Kommunisten gesprengt. Die Demonstranten unterbrachen den Redner von Anfang an durch fortgesetzten Zwischenrufe. Als diese auf den Hinweis der Versammlungsleitung, gegenseitige Auffassungen könnten in der nachfolgenden Aussprache zum Ausdruck gebracht werden, nicht aufhörten, griff der von den Veranstaltern einberufene, mit Gummistöcken versehene „Saalschutz“ ein, um die Aufhörer aus dem Saal zu entfernen. Es entstand eine Schlägerei, bei der die Kommunisten mit Stühlen zuschlugen und mit Mäxern warfen. Eine härtere Abteilung, die von der Polizeidirektion auf der nächsten Polizeiwache bereit gestellt worden war, räumte daraufhin den Saal, soweit die Versammlungsteilnehmer nicht inzwischen gestöckelt waren, und zerstreute die auf die Straße geratenen Streikenden. Gegen die Urheber des Zusammenstoßes, von denen mehrere festgestellt worden sind, wird ein Strafverfahren eingeleitet. — Auch in Weisklingen ist es am Samstag abend zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu wüsten Auftritten gekommen, wobei ein Schaden von 50000 Mk. verursacht wurde.

Das teure Adressbuch. Für das demnächst zur Ausgabe gelangende Stuttgarter Adressbuch für 1923 ist der Verkaufspreis für Bestellungen, die bis zum 20. Dezember eintreffend sind, auf vorläufig 6000 Mk. festgesetzt worden. Nach diesem Termin erhöht sich der Preis auf vorläufig 7500 Mk. für das Stück.

Presserkerben. Das württ. Schulwörterbuch Verlag Ehr. Vetter A.-L. Herausgeber Schulrat Schürer in Eßlingen), das im 74. Jahrgang steht und als gedruckenes Schulblatt bekannt ist, muß der ungeheuren Kosten wegen am 1. Januar das Erscheinen einstellen.

Die Vorkalkulationen für Privatpatienten. Der Wirtschaftlich-ärztliche Verein in Württemberg hat für die Berechnung der ärztlichen Vergütung von Privatpatienten die letzten nach ihren Vermögensgruppen Einkommensverhältnissen in vier Gruppen eingeteilt. In der Klasse I sind Landwirte, Händler, Großindustrielle usw., in Klasse II Beamte, in Klasse III Mittelstand und in Klasse IV Unbemittelte. Unter Berücksichtigung der Reichsindizes sind die Sätze der württ. Gebührenordnung vom August 1922 zur Zeit zu multiplizieren bei Klasse I mit 88, bei Klasse II mit 666, bei Klasse III mit 44, bei Klasse IV ist Rechnung nach freiem Ermessen zu stellen. Das Weggeld ist auf 250 Mark für den einfachen Kilometer festgesetzt. Bei Ausländern werden die oben erwähnten Sätze der Privatpraxis entsprechend erhöht.

Gasvergiftungen. Die beiden Söhne des Betriebsbeamten Kraus in der Ludwigsburgerstraße wurden tot im Bett aufgefunden infolge einer Gasvergiftung.

Mergentheim, 11. Dez. (Erzählen.) Aus geringfügigen Ursachen gerieten in Dörzbach junge Wurfchen von Klepsau in Streit, wobei der in Dörzbach bedienstete Valentin Walz von Klepsau durch einen Schuß in den Bauch schwer verletzt wurde. Im hiesigen Carolinum wurde der Schwerverletzte noch operiert, doch ist er jetzt seinen Verletzungen erlegen.

Kalen, 11. Dez. (Gold und Silber lieb ich sehr.) Ein Viehhändler von Umind, der von einem hiesigen Bahnangestellten für 160450 Mark Gold- und Silbergeld gelaut hat, wurde von der Polizei festgenommen und das von ihm aufgekaufte Gold- und Silbergeld beschlagnahmt. Später wurde der Viehhändler wieder auf freien Fuß gesetzt.

Horb, 11. Dez. (Jäger Tod.) Ein Zigarettenfabrikant von Spaichingen, der sich mit seiner etwa 15jährigen Tochter auf der Heimerode von Stuttgart befand, wurde auf der Strecke Göttingen-Horb unwohl und starb innerhalb kürzester Frist im Eisenbahnzug.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Montag in Frankfurt 8503,70 G., 8546,30 Br., in Berlin 8448,82 G. und 8491,18 Br.

- 1 Schweizer Franken = 1588,50 G., 1591,50 Br.
- 1 französischer Franken = 588,50 G., 591,50 Br.
- 1 belgischer Franken = 541,15 G., 543,85 Br.
- 1 italienischer Lira = 422 G., 424 Br.
- 1 holländ. Gulden = 3366,60 G., 3383,40 Br.
- 1 Pfund Sterling = 38528 G., 38721 Br.
- 100 österreichische Kronen = 12,07 G., 12,13 Br.
- 1 tschechische Krone = 263,30 G., 266,70 Br.
- 1 dänische Krone = 1783,20 G., 1741,80 Br.
- 1 schwedische Krone = 2282,30 G., 2293,70 Br.

Stuttgarter Börse, 11. Dez. Die Börse am Montag war durchaus fest, die Kurse zogen stark an. Der Freiburger Markt war etwas schleppender. Im offiziellen Verkehr waren Bankaktien sehr begehrt. Bankaktien 1500 (+ 450), Vereinsbank 1850 (+ 50), Binnereisen sehr fest, Kolb und Schalle 7000 (+ 200), Kotteln 5700 (+ 700), Ruchen + 800, Leinenindustrie Manneure + 500. Fest war auch der Braueraktienmarkt. Brauhaus Ravensburg + 60, Hohensoffern + 300, Brauerei Esslingen + 150. Große Umsätze hatte der Maschinen- und Metallmarkt. Daimler + 150, Zumborn + 600, Esslinger Maschinen + 100, Heffer Maschinen + 1010, Refektorium wurden er Neuzugrecht mit 3050 gehandelt. Von den übrigen Werten notierten Deutsche Verlag 100, Adm. Rothwell 2500, Kraftwerk Ulm-Württemberg 175, Krumm 40, Sekt. Bachsenheim 200, Stuttgarter Auer 1300 Punkte höher. Im Freiverkehr: Essinger Trifot 390-430, Höchstesold 1750-2700, Geislinger Maschinen 1900-2800, Junge 2100-1950, Germania Rindfleisch 23000-20000, Heilbronner Zucker 9100, Müllinger Zement 730-705, Hohenlohe Nährmittel 3100-3150, Kaiser Otto 3250-3400, Amort 4250 bis 4435, Maxus 2850-2810, Junge 2325.

Landbedarfsbörse Stuttgart, 11. Dez. Der Getreidemarkt verkehrte auch in abgelaufener Woche in fester Haltung. Die Preise für Weizen und Roggen waren höher, während die Notierungen für Haber und Gerste ziemlich unverändert blieben. Geringere Ware bleibt wenig beachtet. Es notierten im Großhandel per 100 Kg. für gesunde, trockene Ware ab württ. Stationen: Neuer Weizen, württ., je nach Reifezeit 32000-34000, neue Sommergerste, württ., je nach Qualität und Herkunft 23-26000, Roggen, württ., neu 28000-30500, Haber 22-25000, Weizenmehl Nr. 0 (mit Zusatz von Auslandsgetreide) 56 bis 58000, Brotmehl (mit Zusatz von Auslandsgetreide) 48500-53000, Mele 15-16000, Heu, württ. (neue Ernte) 12-14000, Stroh, württ. (drahtgepreßt) 13-17000 Mk. Beschädigtes, bereinigtes Getreide und Raufutter ist bis zu 30 Prozent billiger als obige Notierungen.

Lezte Nachrichten.

Die Ablehnung des deutschen Vorschlags in der Reparationsfrage. — Die endgültige Regelung der Reparationsfrage auf Januar verschoben.

WTB. London, 11. Dez. Um 7 Uhr abends wurde folgendes Communiqué ausgegeben: Die alliierten Premierminister hoben sofortig den augenblicklichen Stand des Reparationsproblems und auch die damit zusammenhängenden Fragen der interalliierten europäischen Schulden untersucht. Der Plan für eine Interimvereinbarung bezüglich der Reparationen, der vom deutschen Reichskanzler unterbreitet wurde, wurde auch erwogen. Er wurde jedoch einstimmig für unbefriedigend erklärt. Es war den alliierten Premierministern in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich, zu endgültigen Beschlüssen in den in Betracht kommenden bedeutsamen Fragen zu gelangen. Unter diesen Umständen wurde beschlossen, die Unterredungen zwischen den alliierten Premierministern in Paris am 2. Januar fortzusetzen, um der Vollkonferenz zu ermöglichen, unmittelbar darauf zusammenzutreten, um vor dem 15. Januar zu endgültigen Entscheidungen in den gesamten in London erörterten Fragen zu gelangen.

WTB. London, 12. Dez. Die alliierten Premierminister haben beschlossen, am 2. Januar in Paris ihre Beratungen wieder aufzunehmen.

Der Schritt der deutschen Regierung in London.

WTB. Berlin, 12. Dez. Der Schritt der deutschen Regierung in London erfolgte durch die Uebersendung eines eigenhändigen Briefs des Reichskanzlers an den englischen Ministerpräsidenten. Unter Hinweis darauf, daß von einer schnellen, die Interessen aller Beteiligten ausgleichenden Lösung der Reparationsfrage des Schicksal Deutschlands und Europas abhängt, wird vorgeschlagen, daß die deutsche Regierung versuche, die Mark mit ihren eigenen Hilfsmitteln zu stabilisieren, falls fremde Kredithilfe für den Augenblick unzulänglich ist. Voraussetzung ist die Gleichberechtigung Deutschlands in seinen Handelsbeziehungen zu den fremden Mächten. Deutschland schlägt weiter die Ersetzung seiner laufenden Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag durch eine in Deutschland und im Ausland auszuliegende Anleihe vor. Die äußere Anleihe soll ganz, die innere mindestens zur Hälfte zur Abdeckung der deutschen Verpflichtungen dienen. Der Rest der inneren Anleihe wolle für Deutschlands eigene Bedürfnisse, besonders für die Stadtilfstraktion dienen. Sollte die innere Anleihe mehr als drei Milliarden Goldmark ergeben, so wäre der 1 1/2 Milliarden Goldmark übersteigende Betrag der zweiten Hälfte ebenfalls an die Reparationskommission abzuführen. Zahlungen auf die innere Anleihe sollen in fremder Währung nach dem täglichen Dollarkurs erfolgen. Die deutsche Regierung beantragt Befreiung von allen fällig werdenden Barzahlungen aus dem Versailler Vertrag für zwei Jahre und von den Sachleistungen, die nicht aus dem deutschen Haushalt bezahlt werden können, ferner Befreiung von Zahlungen für je ein weiteres Jahr für jede aus dem Vertrag der inneren Anleihe an die Reparationskommission zu zahlenden Milliarden. Die ganze Regelung hätte sich auf nicht mehr als 4 oder 5 Jahre zu erstrecken.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Konz.
Druck und Verlag der B. Nefer'schen Buchdruckerei Albstadt.

Unsere Zeitung bestellen!



Umtausche Bekannmachungen.

Betrifft Getreide-Ablieferung.

Diejenigen Gemeinden, die mit der Ablieferung des ersten Mittels des Umlagegetreides noch im Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, das Getreide bis spätestens am 14. ds. Mts. an den Kommunalverband abzuliefern, andernfalls dasselbe am 15. Dezember 1922 u. Mitteilung der Reichsgetreidekasse zwangsweise abgenommen werden dürfte, was unter allen Umständen vermieden werden sollte.

Die Auktionslisten über die abgelieferte Frucht müssen ebenfalls bis 14. d. Mts. an den Kommunalverband eingekandt sein.

Ragold, den 11. Dezember 1922. Oberamt: Mding.

Säuglingspflegkurs.

Beginn Mittwoch, 13. Dez., 8 Uhr abends im Rathaus. Neu-Anmeldungen werden an diesem Abend noch berücksichtigt.

Bezirksfürsorgeein.

Altensteig.

Kunsthonig, Rosinen, Zibeben,

Birnschnitz, Kransselgen, Anis, Fenchel, Natron, Backpulver, Vanillezucker und

Gewürze zur Weihnachtsbäckerei

feiner Haferflocken, Rollgerste, Reis, Grieß, Bohnen, Linsen, Nudeln, Palmbutter und Cocosfett

empfiehlt

Fritz Bühler jr.

(E. W. Sutz Nachfolger.)

Altensteig.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Christiane Schanz

sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank.

die trauernden Hinterbliebenen.

Altensteig.

Dankagung.



Für alle Beweise wohlthuerender Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tante

Luisa Geig Witwe

sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Inserate haben in unserer Schwergelder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.

Oberamtsstadt Ragold.

Nächsten Donnerstag, den 14. Dezember 1922 findet hier

Stärmer- u. Pferdemarkt

statt, wozu einladen wird. Vieh- und Schweinemarkt ist aus feuchtpolizeilichen Gründen verboten.

Den 11. Dezember 1922.

Stadtschultheißenamt: Raier.

Zucker Kunsthonig

Sämtliche Gewürze zum Backen und Schmecken.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41. und Filiale Simmersfeld

Diebstahl.

Aus meiner Röhlanlage wurden mir in der Nacht vom 11. auf 12. Dezember 2 Treibriemen 9 u. 10 cm breit und je zirka 9 m lang gestohlen. Für Verbringung der Riemen und Ermittlung des Täters sehe ich eine Belohnung von 5000 Mk. aus.

Gottbold Schmid
Rollerei-Büro Ragold.

Braun wollene

Bügeldecken

soweit Vorrat, bis einschließl. Samstag das Stück M. 3500.— bei

Reinhold Hayer
Altensteig.

Simmersfeld.

Der Unterzeichnete verkauft

ein

leichteres

Pferd



flottes Gänger.

Waldfisch.

2 Buchenklöße

mit 1,6 Pm IV. Klasse aus Mäh halbe-Belensfeld zu verkaufen. Erhöhte an Forstmeister Schleicher, Leonberg.

Zirka 10 Pfd.

Schafswolle

hat zu verkaufen, wer? — sagt die G. Späth'sche d. Bl.

Kopfnageliefer mit Brut



Pflegeverkauf: Apotheke Schlier.

Jugendchriften

und

Bilderbücher

empfiehlt in großer Auswahl die

W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Altensteig.

Zu Weihnachts-Geschenken

empfehle mein großes Lager in

Kaffee-Service 9, 15, 27 teilig
Wein-, Likör- u. Bier-Service
Wasch-Garnituren, moderne Dekor
Sag-Schüsseln, weiß und farbig
Teller, Tassen, Suppen-Schüsseln,
Salatiers, Compottiers, Reis-
Schüsseln, Glas-Säge, Butter- u.
Zucker-Dosen
bei billigsten Preisen

Chr. Burghard jr.

Gemeinde Simmersfeld.



Nadelstammholz-Verkauf

Aus dem Gemeindevald Buchsollen können im christlichen Auktions zum Verkauf

100 Fi und La

mit Festm. 3,62 II., 21,25 III., 28,17 IV., 11,82 V., 0,99 VI. Stgholz 0,76 I., 2,20 II., 0,32 III.

Angebote bis Donnerstag, den 14. Dezember 1922, nachm 4 Uhr an Schulth.-Amt. Eröffnung der Angebote um diese Zeit auf dem Rathaus. Verkaufsbedingungen sind diejenigen des Waldfischerverbandes.

Gemeinderat.

Die neue Forstpreislifte

für 1923

ist zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung
Altensteig.

Wir empfehlen äußerst billig:

1a Speisefett, holl. Kristall-Zucker,
1a Kunsthonig (flüssig), Kaffee, Tee,
Kakao, Cichorie, Süßholz,
Kunstmost in div. Qual.
Waschseife, Schmierseife, Seifen-
pulver, Wasserglas.

Löwendrogerie Ragold u. Ebhausen.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.